



## Niederschrift

### 54. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 17.12.2013
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:40 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Voltaire-Gesamtschule

---

#### Anwesend sind:

##### Ausschussvorsitzender

Herr Hans-Wilhelm Dünn                      CDU/ANW                      Leitung der Sitzung

##### Ausschussmitglieder

Frau Gudrun Hofmeister	DIE LINKE	Teilnahme bis 20:30 Uhr
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	Teilnahme ab 17:40 Uhr
Herr Volker Klamke	SPD	Teilnahme bis 19:20 Uhr
Frau Hannelore Knoblich	SPD	Teilnahme bis 20:15 Uhr
Frau Anke Michalske-Acioglu	SPD	Teilnahme von 17:35 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Andreas Menzel	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	Teilnahme von 17:35 Uhr bis 20:20 Uhr
Herr Sandro Szilleweit	Die Andere	

##### sachkundige Einwohner

Frau Sabine Bittrich	Migrantenbeirat	
Frau Christiane Erning	Potsdamer Demokraten	
Frau Anja Heigl	Die Andere	
Frau Dr. Manja Orłowski	SPD	Teilnahme bis 19:30 Uhr
Frau Sabine Speck	BürgerBündnis	
Herr Dr. Alexander Steinicke	DIE LINKE	
Herr Daniel Zeller	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Hans-Joachim Ziebarth	CDU/ANW	Teilnahme ab 17:40 Uhr

##### Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski                      Beigeordnete  
Geschäftsbereich 2

## **Gast**

Frau Petra Rademacher	FBL Bildung und Sport
Herr Lars Bullert	FB Bildung und Sport
Frau Miriam Otto	Bereich Bildung
Herr Torsten Gessner	BL Sport
Herr Bernd Richter	KIS
Herr Eckhard Dörnbrack	Staatliches Schulamt
Frau Martina Trauth Koschnick	Büro für Chancengleichheit u. Vielfalt
Frau Sandra König	Büro für Chancengleichheit u. Vielfalt
Frau Magnola Grasnack	Migrationsbeauftragte
Frau Cornelia Opalla	Bibliothek
Herr Harald Meergans	Freie Planungs-gruppe Berlin GmbH
Frau Karen Pölk	Schulleiterin Voltaire-Gesamtschule
Herr Gerd Mahnke	Elternvertreter Voltaire-Gesamtschule
Vanessa Brüchert	Schülerin Voltaire-Gesamtschule
Anastasia Becker	Schülerin Voltaire-Gesamtschule
Frau Angela Frevert	Kreisschulbeirat
Herr Daniel Wolkenstein	Grundschule 3
Herr Malte Joergens	Grundschule 3
Frau Anja Thomaschewski	Schulleiterin Goethe-grundschule
Herr Wolfhard Kirsch	BürgerBündnis
Frau Grit Weirauch	PNN

Weitere Eltern, Lehrkräfte und Schüler der Voltaire-Gesamtschule

## **Nicht anwesend sind:**

### **Ausschussmitglieder**

Frau Ingrid Püschel	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Ute Bankwitz	BürgerBündnis	entschuldigt

### **sachkundige Einwohner**

Frau Hella Drohla	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Kathleen Krause	SPD	entschuldigt
Frau Beate Kruczek	FDP	entschuldigt

## **Schriftführer/in:**

Frau Gudrun Wildgrube

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung durch die Schulleiterin
- 2 Eröffnung der Sitzung
- 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.11.2013/Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  - 4.1 Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012"  
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0708  
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
G/S, SB, KOUL, HA
  - 4.2 Integrationsmonitoring 2013  
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0716  
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
Ges./Soz., JHA
  - 4.3 Konzept zur Suchtprävention in der Landeshauptstadt Potsdam  
Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0745  
FB Soziales und Gesundheit  
Ges./Soz., JHA
  - 4.4 Ausstattung Bibliothek  
Vorlage: 13/SVV/0753  
Fraktion Die Andere
  - 4.5 Schulentwicklungsplan 2014 bis 2020  
Vorlage: 13/SVV/0800  
FB Bildung und Sport  
SB, JHA, WA KIS, FA, und betroffene OBR
  - 4.6 Mensa der Voltaire-Schule  
Vorlage: 13/SVV/0619  
Fraktion DIE LINKE
  - 4.7 Neue Grundschulen als Ganztagschule planen  
Vorlage: 13/SVV/0754  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
  - 4.8 Neufassung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt  
Potsdam.  
Vorlage: 13/SVV/0720  
FB Bildung und Sport  
FA
  - 4.9 Schulwegsicherheit an der Neuen Grundschule Babelsberg  
Vorlage: 13/SVV/0533  
Fraktion SPD  
KOUL

- 4.10 Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen  
Vorlage: 13/SVV/0783  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Ges./Soz.
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Bericht vom Richtfest des Helmholtz-Gymnasiums  
Fraktion FDP
- 5.2 Bericht der Verwaltung zum Schreiben der Goethe-Grundschule vom 20.11.2013 zur Mensa-Situation  
Fraktion FDP
- 5.3 Bericht der Verwaltung zur Pressemitteilung der Grundschule Bornstedter Feld  
Fraktion FDP
- 5.4 Bericht der Verwaltung zu Hallenschließungen im Luftschiffhafen und daraus resultierende Folgen für den Sport in Potsdam
- 6 Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1 Begrüßung durch die Schulleiterin**

**Frau Pölk**, Schulleiterin der Voltaire-Gesamtschule, begrüßt die Ausschussmitglieder und die Gäste. Sie bedankt sich für die positiven Signale, die es bezüglich der Aula gibt.

#### **zu 2 Eröffnung der Sitzung**

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

#### **zu 3 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 26.11.2013/Feststellung der öffentlichen Tagesordnung**

**Herr Dünn** stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er teilt mit, dass die Tagesordnung um den Bericht der Verwaltung zu den Hallenschließungen im Luftschiffhafen und den daraus resultierenden Folgen für den Sport in Potsdam erweitert werden soll und schlägt vor, das unter TOP 5.4 zu tun. Er schlägt weiter vor, TOP 4.3 und 4.9 zurückzustellen. Zu TOP 4.3 wurde ein Vertreter des Fachbereiches Gesundheit und Soziales eingeladen. Frau Latacz-Blume bat um Verschiebung, weil sie die DS 13/SVV/0745 im Ausschuss für Gesundheit und Soziales einzubringen hat, der zeitgleich mit dem

Bildungsausschuss tagt. Zur Problematik des TOP 4.9 hat ein Vor-Ort-Termin stattgefunden. Im Ergebnis verständigte man sich zur weiteren Behandlung im Februar 2014 im KOUL-Ausschuss und im Bildungsausschuss.

**Herr Kirsch** bittet zu vermerken, dass er an der Sitzung für Frau Bankwitz teilnimmt, aber nicht stimmberechtigt ist.

**Herr Dünn** gibt bekannt, dass zu TOP 4.6 Anträge auf Rederecht für Vanessa Brüchert und Anastasia Becker, Schülerinnen der Voltaire-Gesamtschule sowie für Herrn Mahnke, Elternvertreter der Voltaire-Gesamtschule, vorliegen. Zu TOP 5.2 liegt ein Antrag auf Rederecht für Frau Thomaschewski, Schulleiterin der Goethe-Grundschule, vor.

Gegen die Anträge auf Rederecht gibt es keine Einwände.

**Herr Dünn** fragt, ob es Einwände gegen die Niederschrift der letzten Sitzung gibt.

Zur Niederschrift der Sitzung vom 26.11.2013 gibt es keine Anmerkungen.

Die Ausschussmitglieder stimmen der veränderten Tagesordnung zu.

**Herr Dünn** bittet um Abstimmung der Niederschrift.

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung vom 26.11.2013 in der vorliegenden Fassung zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

**zu 4.1 Jahresbericht "Chancengleichheit 2011-2012"**

**Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0708**

Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
G/S, SB, KOUL, HA

**Frau Trauth Koschnick** stellt in einer Präsentation den Jahresbericht „Chancengleichheit 2011-2012“ vor. Dieser wird einmal jährlich vorbereitet. Die Jahre 2011 und 2012 wurden in einem Bericht zusammengefasst, weil es keinen Behindertenbeauftragten gegeben habe. In 2011 wurden 54 Projekte mit 115.300 Euro gefördert.

Es schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

**Herr Menzel** regt an, dass für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund mehr Sprachförderung angeboten werden sollte. Nach seinem Erkenntnisstand würden mehr Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund an Gymnasien angenommen als an Gesamtschulen. Er fragt nach der Ursache.

**Frau Grasnick** erklärt, dass man im Bericht zum Integrationsmonitoring nicht auf

dieses Ergebnis komme. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund würden verstärkt Oberschulen besuchen. Sie bedankt sich für den Antrag Deutsch als Zweitsprache (DS 13/SVV/0678). Das Ergebnis sei für sie interessant.

**Herr Dünn** bedankt sich für die Ausführungen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Jahresbericht „Chancengleichheit 2011-2012“ zur Kenntnis.

**zu 4.2 Integrationsmonitoring 2013**  
**Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0716**  
Büro für Chancengleichheit und Vielfalt  
Ges./Soz., JHA

**Frau König** stellt in einer Präsentation die Ergebnisse des Integrationsmonitorings 2013 vor. Mit dem Integrationsmonitoring 2010-2012 wurden acht Handlungsfelder und Indikatoren behandelt. Im Jahr 2013 konnten diese gemäß der Monitoring-Empfehlung der KGSt durch die Handlungsfelder Sprache und Gesundheit erweitert werden. Die Einschulung von ausländischen Kindern erfolge erst nach einem Kita-Besuch von mindestens 3 Jahren. Der Segrationsindex von 9,2 % sei als positiv anzusehen, da dieser im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist. Kinder mit Migrationshintergrund hätten beim Übergang von der Kita in der Schule einen 3-fach höheren Sprachförderbedarf.

Nach den Ausführungen schließen sich Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

**Herr Menzel** fragt, wie eine Verbesserung der Sprachförderung erreicht werden könne.

**Frau Grasnack** erklärt, dass an jeder Kita eine Kraft für kompensatorische Sprachförderung zuständig sei und in Potsdam fünf beratende Fachkräfte zur Verfügung stehen. Das sei allerdings nicht so für Kinder die Deutsch als Zweitsprache lernen. Sie verweist auf das gute Ergebnis eines ausgelaufenen Projektes, wozu es ein Handbuch gibt. Was Schule betreffe, sehe sie Probleme. Ab der 2. Klasse werden Förderstunden durch das Staatliche Schulamt bereitgestellt. Wie mit den Stunden gewirtschaftet wird, werde derzeit mit den Schulleitern und der Schulrätin diskutiert. Sie plädiert für die Wiedereinrichtung einer getrennten Klasse, die vom Schulamt mit Lehrerstunden unterstützt wird.

**Frau Frevert** erklärt, dass dieses Anliegen auch durch den Kreiselternrat Unterstützung findet.

**Herr Dörnbrack** möchte dem grundsätzlich widersprechen. Im Bereich Grundschule gibt es eine Absprache der Schulleiter in den Netzwerken. Es hat in Potsdam eine Förderklasse gegeben, die auf Wunsch der Schulleiter abgeschafft wurde. Die Schulleiter der Grundschulen wollen die Integration vor Ort. Die Weidenhof Grundschule hat zum Beispiel jährlich 46 Stunden für Förderung. Vor Ort in der Schule müsse überlegt werden, wie damit umgegangen wird. Weitere Förderung gebe es durch BuT-Mittel. Wichtig seien die Konzepte. Schulen erhalten Stundenzuweisungen für Kinder, die Bedarf haben. Bei weiterführenden Schulen gibt es eine gute Zusammenarbeit mit dem Jugendmigrationsdienst in Potsdam. Hier muss jeder Einzelfall angeschaut werden. Es gibt eine Klasse an

der Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Gesamtschule. Eine zweite Integrationsklasse wurde an der Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule eingerichtet.

**Herr Menzel** sieht Handlungsbedarf, weil es für Kinder wichtig sei, Bildungssprache an deutschen Schulen zu verstehen.

**Herr Dörnbrack** ergänzt, dass es in Potsdam vorbildlich laufe. Die Kinder gehen über den Jugendmigrationsdienst. Die Eingliederung erfolgt über ein Jahr. Anschließend wird in Abstimmung mit den Eltern entschieden, wo die Kinder eingegliedert werden. Bei der Ausbildung der Lehrkräfte handelt es sich um eine Zusatzqualifikation für Sonderpädagogen. Diese erwerben die Qualifikation automatisch in der Ausbildung, so dass das Potential an Lehrkräften vorhanden ist. Außerdem hat das LISUM Fortbildungsangebote unterbreitet.

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt den Bericht zum Integrationsmonitoring 2013 zur Kenntnis.

#### **zu 4.3 Konzept zur Suchtprävention in der Landeshauptstadt Potsdam**

##### **Mitteilungsvorlage: 13/SVV/0745**

FB Soziales und Gesundheit

Ges./Soz., JHA

Die Vorlage wird zurückgestellt.

#### **zu 4.4 Ausstattung Bibliothek**

##### **Vorlage: 13/SVV/0753**

Fraktion Die Andere

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass nicht damit zu rechnen war, dass der Antrag in den Ausschuss für Bildung und Sport überwiesen wird. Eigentlich wurde die Behandlung im Kulturausschuss erwartet. Als Vertreterin der Bibliothek ist Frau Opalla anwesend. Das Bibliothekskonzept für die Stadt- und Landesbibliothek (SLB) aus dem Jahr 2005 sah einen Abbau von Personalstellen vor. Gleichzeitig wurden Arbeitsprozesse mit Hilfe von Technik und Outsourcing optimiert. Der Medienetat wurde schrittweise auf 320.000 Euro erhöht. Dieser konsequente Kurs führte in den vergangenen Jahren zu einer Verbesserung des Medienangebotes für die Nutzer/innen. Seit der Eröffnung der neuen Bibliothek im Bildungsforum haben sich die Zahl der Nutzer sowie das Ausleihvolumen stark erhöht. Die Absenzquoten der Medien insbesondere bei Kinderbüchern, Sonderbereichen wie der „Elternbibliothek“ und AV-Medien liegen über 60%, so dass das verfügbare Angebot sehr reduziert ist. Mit dem verfügbaren Etat werden schwerpunktmäßig Medien für ausleihstarke Bereiche erworben. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Eine Erhöhung des vorhandenen Medienetats wäre natürlich wünschenswert, da ein aktueller, verfügbarer Bestand von den Kunden erwartet wird. Personell ist die SLB an ihre Grenzen gekommen. Aufgrund des großen Andrangs wird das vorhandene Personal vorrangig für die Auskunfts- und Benutzungsdienste sowie für Führungen und Veranstaltung mit Kitas und Schulen eingesetzt. Für Hintergrundarbeiten wie die Einarbeitung neuer Medien bleibt weniger Zeit. Darüber hinaus sind aufgrund der Kooperationen von drei Partnern im Haus (SLB, VHS, WIS) neue Arbeitsaufgaben hinzugekommen, wie Veranstaltungskoordination, gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit, Umsetzung eines neuen Corporate Designs, Betreuung der Veranstaltungsräume, die mit dem vorhandenen Personal bewältigt werden

müssen. Im Bibliothekskonzept von 2005 wurde darauf hingewiesen, dass bei der festgelegten Personalstärke keine Kapazitäten für zusätzliche Projekte vorhanden sind. Insofern begrüße man den vorliegenden Antrag. Die Personalbemessung sollte auch im Zusammenhang mit den Überlegungen zur Struktur des Bildungsforums stehen. Der Prüfzeitraum bis März 2014 ist aber zu kurz. Die Ergebnisse sollten rechtzeitig zur Haushaltsplanung 2015/2016 vorliegen, damit Veränderungen entsprechend einfließen können. Insofern plädiere die Verwaltung dafür, das Prüfergebnis frühestens im Juni vorzulegen.

**Herr Szilleweit** erklärt, dass der Antragsteller kein Problem darin sehe den Prüfzeitraum zu verlängern. Es solle ermittelt werden, wie sich das Nutzerverhalten verändert hat. Er hofft auf Zustimmung der Ausschussmitglieder.

**Herr Kirsch** fragt, ob Sponsorengelder für die Ausstattung eingeworben wurden und wie hoch der gewünschte Bedarf sei.

**Frau Dr. Magdowski** verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Erhöhung der Nutzergebühren. Man habe sich vergebens darum bemüht, dass sich das Land stärker an der Finanzierung beteiligt. Für die Restaurierung von Büchern gebe es ein Buchpatenprojekt.

**Frau Opalla** kann keine konkrete Aussage zu Sponsorenschritten machen. Es gibt bisher keine aktive Sponsorenwerbung.

**Herr Kirsch** ist interessiert an der Summe, die tatsächlich gebraucht wird.

**Herr Wollenberg** merkt an, dass diese Detailfragen Gegenstand der Ergebnisse der Prüfung sein sollten und spricht sich dafür aus, den Antrag zu beschließen.

**Herr Dünn** bittet um Abstimmung des Antrages mit der Änderung, das Prüfergebnis im Juni 2014 vorzulegen.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen, welcher Bedarf besteht, für die Tätigkeit der Stadt- und Landesbibliothek

- zusätzliche Personalstellen zu schaffen
- finanzielle Mittel für Neuanschaffungen zur Verfügung zu stellen.

Das Prüfergebnis ist bis zum ~~März~~ **Juni** 2014 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>8</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 4.5 Schulentwicklungsplan 2014 bis 2020**

**Vorlage: 13/SVV/0800**

FB Bildung und Sport

SB, JHA, WA KIS, FA, und betroffene OBR

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass man einen gültigen Schulentwicklungsplan bis 2015 habe. Aufgrund der Entwicklung der Schülerzahlen, besonders im



Bornstedter Feld, müsse die Aktualisierung erfolgen. Sie bittet Herrn Meergans um entsprechende Erläuterungen.

**Herr Meergans** macht anhand einer Präsentation Ausführungen zur Bevölkerungsentwicklung sowie zu Angebot und Nachfrage an Schulplätzen. Er geht im Weiteren auf die Entwicklung der Sekundarstufe I ein. Aus der Darstellung der Kapazitäten von Angebot und Nachfrage ergibt sich die Prognose für die Hortbedarfe. Für die Stadt Potsdam gehe man davon aus, dass die Einwohnerzahl bis 2013 auf 178.000 ansteige. Dabei wurde die städtische Prognose zugrunde gelegt. Für 18 Planungsräume wurden Angebot und Nachfrage gegenübergestellt, um Defizite festzustellen. Mit dem Schulentwicklungsplan werden für den Primarbereich Erweiterungen der Rosa-Luxemburg-Schule und der Zeppelin-Grundschule vorgeschlagen. Zudem sollen Grundschulen im Bornstedter Feld und im Bornim und am Stern errichtet werden. Im Sekundarbereich wird nach Fertigstellung der Gesamtschule im Bornstedter Feld die Leonard-da-Vinci Gesamtschule an den neuen Standort umziehen. Im Anschluss wird am Standort Haeckelstraße ein Gymnasium errichtet. Am Standort der Pierre-de-Coubertin Oberschule soll eine Gesamtschule entstehen, sowie eine Gesamtschule im Potsdamer Norden. Bei Bedarf könnte zukünftig am Standort der Schule am Nuthetal ein Gymnasium errichtet werden.

**Frau Erning** möchte wissen, wann mit dem Überhang am Stern zu rechnen ist und ob Krampnitz berücksichtigt wurde. Bezüglich der Wohnbebauung in der Kaserne Krampnitz sollte der Investor in die Pflicht genommen werden.

**Herr Klamke** bringt folgenden **Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion** ein:

- 1. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung wird die Verwaltung beauftragt, im Bornstedter Feld Standorte, Bauvarianten, Kosten, Errichtungszeitraum und Standzeiten für eine temporäre Schule zu prüfen. Die Prüfung soll anhand von Abfragen bei Herstellern erfolgen. Der temporäre Schulbau hat sich am Standard des MBS für Schulbauten zu orientieren und soll neben den Unterrichtsräumen auch eine Mensa und eine temporäre Sporthalle (z. B. als Tragluftkonstruktion) enthalten. Die Sporthalle soll so geplant werden, dass sie auch für Vereinssport nutzbar ist.**
- 2. Beschleunigen von Sanierungen durch Auszug in Container: Bei den geplanten Sanierungen und Erweiterungen soll zu Beschleunigung der Bautätigkeiten und zum störungsfreien Unterrichtsverlauf ein Umzug in Container an den Standorten mit vorgesehen werden.**
- 3. Notwendige Planungen für Schul- und Sportstätten sind grundsätzlich mit höchster Priorität durchzuführen. Das gilt besonders für die Erstellung der B-Pläne. Dazu soll der Oberbürgermeister die Einsetzung einer „Task-Force“ bestehend aus Vertretern des GB 4 und GB 2 für Planung und Errichtung aufstellen.**
- 4. Die Prüfungen der Punkte 1-3 sind vor der Beschlussfassung über den Schulentwicklungsplan 2014-2020 abzuschließen und in einem Bericht der SVV vorzulegen.**

**Herr Menzel** spricht sich dafür aus, die Handlungsposition gegenüber den Nachbargemeinden zu prüfen. Für Grundschulen sollten Schulbezirke eingeführt werden und die Sek I-Verordnung sollte anders ausgelegt werden, um Kinder aus Potsdam zu bevorzugen.

**Frau Dr. Orlowski** begründet den Ergänzungsantrag der Fraktion SPD. Die

Unterbringung von 3 Zügen im Bornstedter Feld sollte nicht in Containern erfolgen. Die Fraktion habe sich für den Prüfauftrag entschieden, um Standorte zu prüfen, wo eine komplette Schule als Containerstandort errichtet werden kann, wie das in anderen Städten praktiziert werde.

Es schließen sich Diskussion und Nachfragen der Ausschussmitglieder an.

**Herr Dünn** verweist darauf, die heutige Behandlung als 1. Lesung zu betrachten und bittet um Abstimmung des Antrages der SPD-Fraktion. Die Weiterbehandlung erfolgt in der Sitzung am 14.01.2014

**Abstimmungsergebnis Antrag der Fraktion SPD:**

Zustimmung: 9  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 0

**zu 4.6 Mensa der Voltaire-Schule**  
**Vorlage: 13/SVV/0619**  
Fraktion DIE LINKE

Rederecht erhalten zwei Schülerinnen und ein Elternvertreter. Anastasia Becker und Vanessa Brüchert schildern aus Sicht der Schüler die Situation bei der Esseneinnahme in der Mensa.

**Herr Dünn** bedankt sich für die Ausführungen und versichert, dass das Anliegen ernst genommen werde.

**Herr Mahnke** verweist darauf, dass die Bedarfe in der Stadt vorliegen. Er ergänzt, dass die Heizung in der Mensa nicht funktioniert. In den Räumlichkeiten werden auch Prüfungen geschrieben, weil im Schulgebäude Räume aufgrund von Brandschutzgutachten gesperrt seien. Insofern bittet er darum, dass die Sanierung vorgenommen wird. Wenn sich eine Einordnung in den Haushaltsplan vor 2018 ermöglichen ließe, wäre man dankbar.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass die Stadt die Bedarfe aller Schulen sehen müsse. Sie schlägt vor, den Soll-Ist-Vergleich Aufenthaltsräume Schulen entsprechend Raumprogrammempfehlung als Anlage zur Niederschrift zu geben.

**Herr Richter** informiert, dass es in der Grundschule Max Dortu ein Turnhallendefizit gebe. Deshalb schlägt die Verwaltung vor, das Mensagebäude abzureißen und eine Zweifeldhalle zu errichten. Damit sei man nach den Rahmenbedingungen des MBS verpflichtet, vor dem Abriss Ersatz für ein Mehrzweckgebäude zu schaffen. Die Finanzierung soll über Kreditaufnahme erfolgen, wenn diese durch die Kommunalaufsicht genehmigt wird.

**Herr Kirsch** fragt, ob man den Bau vorziehen könne, wenn man den Wirtschaftsplan KIS ändere und die Zinsen für zwei Jahre vorfinanziere.

**Herr Richter** antwortet, dass dies dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bedarf.

**Herr Dünn** erklärt, dass der derzeitige Zustand so nicht zu akzeptieren ist und hier dringender Handlungsbedarf besteht. Man werde die Sache ernst nehmen und verfolgen. Er bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, die Sanierung der Mensa der Voltaire-Schule bzw. einen entsprechenden Neubau zusätzlich in die Planung des KIS aufzunehmen.

Die Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Sitzung am 04. Dezember 2013 über den Stand zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>0</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

**zu 4.7 Neue Grundschulen als Ganztagschule planen**

**Vorlage: 13/SVV/0754**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Frau Rademacher** verweist auf rechtliche Probleme. Bei der Errichtung von Ganztagschulen sind die gesetzlichen Regelungen des Landes Brandenburg zu beachten. Das Brandenburgische Schulgesetz regelt, dass die Schule oder der Schulträger im gegenseitigen Einvernehmen einen Antrag auf Einrichtung von Ganztagsangeboten stellen können (§ 18 (4) BbgSchulG). Insofern ist das Antragsverfahren einzuhalten. Außerdem sind die schulischen Mitwirkungsorgane wie Lehrerkonferenz und Schulkonferenz in diese Entscheidung einzubeziehen. Diese Gremien bilden sich erst nach Eröffnung einer Schule. Gemäß den Festlegungen in der VV-Ganztage wird das Ganztagskonzept durch die Konferenz der Lehrkräfte in Abstimmung mit dem Schulträger und anderen Kooperationspartnern erarbeitet. In der Konzepterarbeitungsphase werden die Voten der Elternkonferenz und der Konferenz der Schülerinnen und Schüler einbezogen. Die Schule kann sich dabei durch das Staatliche Schulamt beraten lassen.

**Herr Menzel**, als Antragsteller, schlägt vor, den Antrag zurückzustellen.

Der Antrag wird zurückgestellt.

**zu 4.8 Neufassung der Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam.**

**Vorlage: 13/SVV/0720**

FB Bildung und Sport

FA

**Frau Rademacher** erklärt, dass im Rahmen der Haushaltsgenehmigung zur Haushaltsatzung 2013/2014 das Ministerium des Innern darauf hinweist, dass es in Anbetracht der angespannten Haushaltslage der LHP davon ausgeht, dass die im Zukunftsprogramm skizzierten Handlungsansätze durch entsprechende Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung umgesetzt werden. Eine Neukalkulation der Entgeltsätze ist erforderlich, da die letzte Anpassung vor 13 Jahren stattfand. Die Neukalkulation erfolgte nach betriebswirtschaftlichen Grundlagen und in Anlehnung an die Bestimmungen des § 6 des

Kommunalabgabengesetzes des Landes Brandenburg (KAG) in Verbindung mit § 63 Abs. 2 und § 79 Abs. 2 Satz 2 BbgKVerf. Die kalkulierten Sätze spiegeln die gestiegenen Kosten seit 2001 bei Reinigung, Heizung, Strom und Personal wieder. Darüber hinaus sind seit Einführung des neuen kommunalen Finanzmanagements auch Abschreibungen und Gebäudeunterhalt bei der Kalkulation zu berücksichtigen. Die Entgelte der Schulraumnutzungsordnung vom 23. November 2001 betragen bspw. für die Nutzung eines Klassenraumes 11,00 € und für die Nutzung einer Aula 24,50 € pro Stunde (werktags). Nunmehr wird für die werktägige Nutzung eines Klassenraumes 25 € und für die Nutzung der Aula 33,50 € vorgesehen. Die zu erwartenden Mehrerträge werden, gemäß Beschluss DS 99/1063/1 zu 40 % den betreffenden Schulen für schulrelevante Zwecke überlassen.

Es schließen sich Nachfragen an, die beantwortet werden.

Der Ausschuss für Bildung und Sport empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Schulraumnutzungs- und Entgeltordnung der Landeshauptstadt Potsdam.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>6</b>
Ablehnung:	<b>1</b>
Stimmenthaltung:	<b>0</b>

**zu 4.9 Schulwegsicherheit an der Neuen Grundschule Babelsberg**  
**Vorlage: 13/SVV/0533**  
Fraktion SPD  
KOUL

Der Antrag wird bis zur Sitzung am 18.02.2014 zurückgestellt.

**zu 4.10 Schulcoaches für Schülerinnen und Schüler mit mehrsprachigem Hintergrund an Potsdamer Schulen**  
**Vorlage: 13/SVV/0783**  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Ges./Soz.

**Herr Menzel** bringt den Antrag ein.

**Herr Wollenberg** verweist auf die Situation der Schulsozialarbeit an Potsdamer Schulen. Man habe die Schwierigkeit 11 Schulsozialarbeiter auf 23 Schulen zu verteilen. Prüfen sollte man, ob das Anliegen des Antrages im Rahmen eines BuT Projektes umzusetzen sei. In diesem Sinne schlägt er vor, den Antrag in einen Prüfauftrag umzuformulieren.

**Herr Menzel** greift den Vorschlag auf. Er möchte den Vorschlag in der Fraktion diskutieren und den Antrag neu formulieren.

Der Antrag wird zurückgestellt.

**zu 5        Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1     Bericht vom Richtfest des Helmholtz-Gymnasiums**

Fraktion FDP

**Herr Richter** informiert, dass der Teilnehmerkreis begrenzt war. Man habe sich vorgenommen zukünftig grundsätzlich auch Einladungen an die Fraktionen zu geben.

**zu 5.2     Bericht der Verwaltung zum Schreiben der Goethe-Grundschule vom 20.11.2013 zur Mensa-Situation**

Fraktion FDP

**Frau Thomaschewki** erhält Rederecht und informiert, dass es am Schulstandort ein schönes Hofgebäude mit 66 Plätzen für 282 Essenteilnehmer gebe. Der Schulstandort werde auf 780 Schüler mit geschätzt 360 Essenteilnehmern wachsen. Deshalb unterbreitet die Schule als Lösungsvorschlag, einen Wintergarten anzubauen und damit 70 Plätze für die Esseneinnahme zu gewinnen.

**Frau Rademacher** informiert, dass die Schulen den Vorschlag bei einem Vor-Ort-Termin dargelegt haben. Sie teilte den Schulleiterinnen ihre Bedenken zur Größe der Mensaerweiterung mit und bat darum die voraussichtlichen Essenteilnehmer zu ermitteln. Ob das Gebäude ausreicht wisse man erst, wenn man die Bedarfe kennt.

**Herr Kirsch** merkt an, dass der Schulstandort gerade mit Fördermittel neu saniert wurde. Er schlägt vor, eine Bebauung auf dem Gelände vor dem Strahleninstitut zu prüfen, um dem Bedarf gerecht zu werden.

**Herr Richter** erklärt, dass mit Fördermitteln vom Stadtkontor nur die Sanierung des Bestandsgebäudes möglich war. 2010 gab es Workshops mit der Schule, dem Fachbereich und dem KIS. Damals spielte die Essenversorgung nicht wirklich eine Rolle. Man versuche jetzt eine Lösung zu finden. Den erforderlichen Platz werde man mit dem Wintergarten nicht erreichen. Außerdem verliere man Pausenfläche und man befinde sich in einem denkmalgeschützten Gebäude. Überlegungen gebe es hinsichtlich der Aula im Dachgeschoss und der Miniturnhalle.

**Herr Wollenberg** möchte wissen, wie viele Schüler für den Schulstandort geplant sind. Er bittet zu bedenken, dass Räume im Bestand nicht aus Spaß für eine bestimmte Nutzung vorgesehen sind.

**Frau Frevert** erklärt, es betreffe auch das Gymnasium. Beide Schulen seien mit dem Hofgebäude zufrieden. Die Aula soll von beiden Schulen genutzt werden. Die Schulleiter haben die Bedarfe nochmal geprüft. Es werden 70 Plätze mehr benötigt. Die Schule favorisiert den Mittelstandort. Die Schüler können sich in der Pause auch im Schulgarten aufhalten.

**Herr Richter** weiß nicht, ob das wegen des Denkmalschutzes möglich ist und möchte deshalb andere Möglichkeiten prüfen.

**zu 5.3 Bericht der Verwaltung zur Pressemitteilung der Grundschule Bornstedter Feld**  
Fraktion FDP

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass sich die Information aufgrund der Beschlussfassung erledigt hat.

Es gibt keine gegenteilige Meinung.

**zu 5.4 Bericht der Verwaltung zu Hallenschließungen im Luftschiffhafen und daraus resultierende Folgen für den Sport in Potsdam**

**Herr Bullert** informiert, dass der Landeshauptstadt Potsdam seit November 2012 ein Gutachten vorliegt, in dem die Stand- und Verkehrssicherheit der Schwimmhalle anhand der Aktenlage überprüft wurde. Das damalige Gutachterergebnis bescheinigte zunächst, dass aus Sicherheitsgründen bei Schneefall zwingend eine Überwachung der Schneehöhe erforderlich ist und bei einer Schneehöhe ab 15 cm eine sofortige Räumung der Dachfläche veranlasst werden muss. Diese Vorgaben sind vor Ort im Sportpark am Luftschiffhafen durch die dort zuständige Luftschiffhafen GmbH umgesetzt worden. Im Rahmen der genannten Untersuchungen wurden keine offensichtlichen standsicherungsgefährdenden Schäden oder Mängel festgestellt. Jedoch wurden Schäden vorgefunden, die zum Erhalt der Standsicherheit bzw. der Dauerhaftigkeit zunächst eine Untersuchung der betroffenen Tragwerksteile erfordern. Diese Untersuchungen wurden folgend beauftragt. Erst auf der Grundlage dieses Gutachtens sollte ein Sanierungskonzept geplant und umgesetzt werden. In einem Zwischenbericht zu den beauftragten Untersuchungen Mitte November 2013 wurde seitens der Gutachter empfohlen, die Hallen bei jeglicher Schneelast vorsorglich als präventive Sicherheitsmaßnahme zu schließen. Aufgrund anschließend neuer Berechnungen und Untersuchungen der Bauteile mussten die Hallen auf der Basis des nun endgültigen Prüfungsergebnisses am 03.12.2013 komplett geschlossen werden. Das Prüfungsergebnis ergab zudem, dass weitere Prüfungen notwendig sind, um im Ergebnis der ganzheitlichen Untersuchung ein Restrisiko ausschließen zu können. Diese Untersuchungen wurden ebenfalls durch die Luftschiffhafen GmbH beauftragt.

**Herr Gessner** ergänzt dass zusammen mit der Luftschiffhafen GmbH Ersatzmaßnahmen abgestimmt wurden. Am 04. Dezember 2013 hat die Stadtverwaltung in Zusammenarbeit mit der Luftschiffhafen GmbH und der Bäderlandschaft Potsdam GmbH am 1. Tag nach Bekanntwerden der Sperrung der Schwimm- und Leichtathletikhalle am Luftschiffhafen einen Interimsplan für die verbleibenden Schwimmhallen Am Brauhausberg und Stern entworfen. Dabei wurde in Auswertung sämtlicher Bedarfe darauf geachtet, dass die Aufteilung der noch verbleibenden Wasserflächen jeweils etwa zu einem Drittel pro Nutzergruppe erfolgt. Etwa ein Drittel der Zeiten bzw. Wasserfläche steht nach wie vor der Öffentlichkeit zur Verfügung. Dabei wurde darauf geachtet, dass zu jedem Zeitpunkt mindestens eines der beiden verbleibenden Becken Brauhausberg oder Stern zur Verfügung steht. Ein weiteres Drittel wurde den Nutzern des Luftschiffhafens zugeordnet. Die Verteilung dieser Kapazitäten erfolgt nach der Prioritätensetzung des Luftschiffhafens für die Sportschule Potsdam, den Hochleistungssport verschiedener Sportarten und der Universität

Potsdam. Das verbleibende Drittel wird dem vereinsgebundenen Breitensport zur Verfügung gestellt. Dieser Plan trat am 09. Dezember 2013 in Kraft. In Anbetracht der organisatorisch notwendigen Anlauf- bzw. Organisationszeiten war dies nur 3 Werktagen nach der Sperrung nicht schneller zu bewerkstelligen. Insofern wurden die Öffnungszeiten in der Schwimmhalle Am Brauhausberg und Stern sehr wohl den jetzigen Gegebenheiten angepasst. Darüber hinaus öffnet die Schwimmhalle bereits ab 06:00 Uhr und schließt erst um 22:00 Uhr. Auch in diesen Zeiten steht sie der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Kompensation des Nutzerbedarfs in der Leichtathletik ist ungleich schwerer als beim Schwimmen, da die LHP über keine ähnlichen Sportanlagen dieser Art verfügt. Somit kommt als Ersatzfläche derzeit nur das Hauptstadion am Luftschiffhafen in Betracht. Weiterhin können für ausgleichende Übungsformen Kapazitäten in den Sporthallen am Luftschiffhafen angeboten werden. Darüber hinausgehende Bedarfe von Breitensportnutzern werden derzeit bzgl. weiterer Sportflächen in der LHP geprüft. Hierzu sind die Möglichkeiten aktuell jedoch sehr eingeschränkt, da in den Wintermonaten alle Outdoor-Sportarten in den Potsdamer Hallen trainieren. Für das sportartübergreifende Athletiktraining wird die alte Fechterhalle am Luftschiffhafen reaktiviert. Im Haus 33 wurden diverse Funktions- und Gymnastikräume für den Leistungs- und Vereinssport eingerichtet. Außerhalb des Stadtgebietes Potsdam werden ebenfalls Ausweichmöglichkeiten geprüft. Beispielsweise die Rudolf-Harbig-Halle und das Horst-Korber-Zentrum für die Leichtathletik sowie die Schwimmhalle in Geltow für das Schwimmen. Darüber hinaus werden Möglichkeiten zu Trainingslagern und Lehrgängen beispielsweise in Kienbaum oder auch Lindow geprüft.

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass zu möglichen Haftungsfragen und baulichen Mängeln aus der damaligen Sanierung resultierend seitens des OBM eine Prüfungskommission eingerichtet wurde. Die aktuellen Untersuchungsstände der Kommission werden regelmäßig im Hauptausschuss mitgeteilt.

## **zu 6      Sonstiges**

**Herr Dünn** informiert, dass die Sitzung am 14.01.2014 in der Pierre de Coubertin- Oberschule, Gagrinstraße 5-7, 14480 Potsdam sein wird. Er bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die Zusammenarbeit und wünscht ein schönes Weihnachtsfest und alles Gute für das Jahr 2014.

Hans-Wilhelm Dünn  
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube  
Schriftführerin